

9. VIII. 1919

9  
92

**Die Kleinstaaten gegen Rumänien.**

Belmar, 8. August.

(Entspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureau's.) Aus Paris wird berichtet: Das von den Rumänen an Ungarn gestellte Ultimatum hat bei den kleinen Nationen große Bestürzung hervorgerufen. Eine Denzelos nahestehende Persönlichkeit äußerte sich, es sei nicht einzusehen, warum Griechenland die Lösung der thrakischen Frage, im Sinne der Entente hinnehmen solle, wenn sich Rumänien gar nicht um die Wünsche und Befehle des Obersten Rates der Alliierten bekümmere. Die Rumänen von der Entente erwiesenen Wohlthaten seien schon vergessen, die 40 Millionen Dollar, die zur Rettung der Rumänen vor der Hungersnot aufgewendet wurden, aus der Erinnerung geschwunden. Nun sei das Land erholt, seine stark vergrößerte Armee mit frischem Mut gestärkt und daher wolle es rücksichtslos von dem Ungarn das fordern, was den Alliierten gebühre. Die Kriegsausrüstung der Armee Madensien, die in Ungarn zurückgeblieben sei, scheine die Rumänen am meisten zu reizen. Eine gute Ernte sei in Sicht, die Hungersgefahr beseitigt und die Konferenz mit sich selbst uneinig, daher habe Rumänien es wagen können, an die Ungarnein so hartes Ultimatum zu richten. Die kleinen Staaten meinen, daß es anscheinend unnötig sei, die Weisungen der Entente zu befolgen, oder sie auch nur entgegenzunehmen, da die Entente ohnmächtig sei. Die Lage sei umso eigentümlicher, als Rumänien nicht mehr auf der Konferenz vertreten sei, da es seine Delegierten zurückzog, weil es mit den Bestimmungen über die Minoritäten und wegen der Nichtzuteilung Bessarabiens unzufrieden war. Die Rumänen sind auch keine Kriegsaliierten der Entente und waren deshalb auch nicht an dem mit Ungarn geschlossenen Waffenstillstand beteiligt. Die Erklärungen der Vertreter Rumäniens in Paris, daß die Rumänen bloß die Einhaltung der Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages der Alliierten von Ungarn erzwingen wollen, wird angesichts des Ultimatus allgemein als lächerlich bezeichnet.

**Erzherzog Josef gegen konfessionelle Unduldjamkeit.**

Budapest, 8. August.

Das Ungarische Telegraphen-Korrespondenzbureau meldet: Erzherzog Josef und Ministerpräsident Stephan Friedrich erschienen heute vormittags im Ernährungsministerium, wo sich im Laufe des gestrigen Tages Symptome konfessioneller Unduldjamkeit gezeigt haben. Der Ministerpräsident legte den Angestellten des Ministeriums nachdrücklich nahe, sich solcher Aktionen zu enthalten, denn wer an solchen Bewegungen teilnehme, werde schonungslos aus dem Staatsdienste entlassen.

Ministerialsekretär Josef Tamassy erwiderte namens der Beamtschaft, daß die Aktion keinen konfessionellen Charakter hatte, sondern sich bloß gegen die Exponenten der bolschewistischen Herrschaft richtete, mü denen die Beamten nicht weiter zu arbeiten geneigt seien.

Erzherzog Josef nahm diese Erklärung zur Kenntnis und sagte, daß man das Land aus der heutigen schmeren Lage nur mit vereinten Kräften ohne konfessionelle Unduldjamkeit herausführen könne.